

Antrag an das 32. Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin

Antragsteller:in(nen):	IYSSE	
Datum	03.12.24	
Nr. und Datum der Sitzung	2	11.12.2024
Tagesordnungspunkt und Beschluss-Nr. (vom Präsidium auszufüllen)	5.3 SP-32/12	

I. Antragsgegenstand

Nein zu den Kürzungen an den Berliner Hochschulen!

II. Beschlussentwurf

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin möge beschließen:

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität verurteilt die von der schwarz-roten Landesregierung geplanten Haushaltskürzungen an den Berliner Hochschulen.

Die Berliner Landesregierung plant einen Kahlschlag an den Hochschulen: Beim Haushalt für Wissenschaft und Gesundheit sollen 280 Millionen Euro eingespart werden, fast zehn Prozent des bisherigen Haushalts. Davon sollen 100 Millionen Euro bei Hochschulverträgen gekürzt werden und über 10 Millionen bei dringend nötigen Sanierungs- und Baumaßnahmen. Allein die Charité verliert mit 8,5 Millionen Euro fast die Hälfte des Geldes, das für die Anschaffung neuer technischer Geräte bestimmt war.

Dem Studierendenwerk, das u.A. zuständig ist für BAföG, Mensen, Cafes, Wohnheime, Kindertagesstätten und Beratungen bei psychischen Problemen soll sein Etat um ca. ein Drittel oder 7,5 Millionen Euro gekürzt werden. Hier werden die grundlegenden Rechte von Studierenden auf Wohnen und Nahrung direkt angegriffen.

Diese angekündigten Sparmaßnahmen werden katastrophale Folgen für uns Studierende haben. Die Sprecherin des Studierendenwerks Jana Judtisch warnte gegenüber dem Tagesspiegel, dass sie davon ausgeht, dass unter anderem der Sozialbeitrag für Studierende, den sie in ihren Semestergebühren zahlen, um mindestens 30 Euro angehoben werden muss. Man könne dabei zwar noch nicht sagen, welche Stellen genau betroffen sein werden, aber klar sei: „Es wird Preiserhöhungen, Angebots- und Investitionsstreichungen geben.“ Sicher sei beispielsweise schon, dass mindestens zwei Mensa-Backshops geschlossen werden. [1]

Wenn wir die Kürzungen nicht stoppen, bedeutet das für uns eine weitere Verschlechterung von Lehre und Betreuung, Unterricht in maroden Gebäuden, teurere Essenspreise sowie weniger finanzielle und psychologische Unterstützung. Gleichzeitig kämpfen Berliner Studierende schon jetzt täglich mit hohen Mietkosten und steigenden Lebensunterhaltungskosten.

Universitätspräsidentin Julia von Blumenthal machte im Tagesspiegel deutlich, dass sie den Sparkurs unterstützt und in Gremien bereits dabei ist, die Kürzungen vorzubereiten. So erklärte sie, dass sie anerkenne „dass das Land Berlin sparen muss“ und nur kritisch sehe „wie gekürzt wurde“. [2]

Die Kürzungen an den Berliner Hochschulen reihen sich in Kürzungen an zahlreichen weiteren Hochschulen ein. In Baden-Württemberg plant die schwarz-grüne Landesregierung allein für das Jahr 2026 Kürzungen um 91 Millionen Euro bei den Hochschulen. Und in Hessen streicht die Schwarz-Rote Landesregierung im Nachtragshaushalt für dieses Jahr schon 34 Millionen Euro aus dem Wissenschaftsbudget. Weitere Kürzungen für das nächste Jahr sind zu erwarten. [3] [4]

Die Kürzungen stehen im Zeichen der Militarisierung der ganzen Gesellschaft. Im Bundeshaushalt wird der Kriegsetat massiv erhöht, während bei Bildung, Wohnen und Gesundheit gekürzt wird. Im Berliner Landeshaushalt sind bezeichnender Weise die einzigen von den Kürzungen nicht betroffenen Bereiche Polizei und Justiz. [5][6]

Die Kosten für die Aufrüstung und die Lieferung von Waffen in die Ukraine und nach Israel sollen jetzt durch massiven Sozialabbau auf die Studierenden, Lehrenden, Jugendlichen und die arbeitende Bevölkerung insgesamt abgewälzt werden. Das dürfen wir nicht zulassen!

Wir rufen alle Studierenden und Lehrenden in Berlin und bundesweit auf, sich mit den Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Bereichen zusammenzuschließen und gemeinsam gegen den Sparkurs und die Aufrüstung zu kämpfen.

Das Studierendenparlament beschließt deshalb die Einberufung einer Vollversammlung, um das weitere Vorgehen gegen die Kürzungen zu diskutieren und zu organisieren. Der RefRat wird mit der Einberufung beauftragt.

Fußnoten:

[1] Kürzungen an Berliner Universitäten: <https://www.tagesspiegel.de/wissen/das-bekommen-die-studierenden-zu-spuren-wohnheime-mensen-charite--das-ist-die-sparliste-fur-berlins-wissenschaft-12730424.html>

[2] Blumenthal im Tagesspiegel: <https://www.tagesspiegel.de/wissen/berlins-hochschulen-kritisieren-senat-kein-gutes-regieren-wenn-man-kurzungen-nicht-begrunden-kann-12760814.html>

[3] Kürzungen an Universitäten in Baden-Württemberg:

<https://www.forschung-und-lehre.de/politik/unileitungen-und-studierende-wollen-kuerzungen-verhindern-6757>

[4] Kürzungen an Universitäten in Hessen:

<https://aktuelles.uni-frankfurt.de/hochschule/kuerzungen-bei-hochschulen-gefaehrden-hessens-zukunft/>

[5] Erhöhung des Kriegsetats: <https://www.bmvg.de/de/themen/verteidigungshaushalt>

[6] Einsparungen im Berliner Landeshaushalt:

<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2024/11/haushalt-berlin-einsparungen-kuerzungen-koalition.html>

III. Finanzielle Auswirkungen, ggf. Angaben zur Verwendung beantragter Mittel

keine

IV. Begründung

erfolgt mündlich

V. Beteiligung und Stellungnahme anderer Organe oder Initiativen der Studierendenschaft

-

VI. Kontaktmöglichkeit zur:zum Antragsteller:in bzw. zu den Antragsteller:innen
wilcktam@hu-berlin.de